

Privatschüler diskutieren über Zuschuss

Bildung Die Parteien garantieren freien Schulen eine Förderung von 80 Prozent. *Von Sybille Neth*

Bei den Privatschulen ist schon Wahlkampf. Die älteren Schüler, die im März zum ersten Mal ihr Kreuzchen machen dürfen, haben am Mittwoch im Großen Sitzungssaal des Rathauses mit Vertretern der großen Parteien über die Finanzierung ihrer Schulen in freier Trägerschaft diskutiert. Außer Frage stand für Muhterem Aras (Grüne), Dietmar Bachmann (FDP), Martin Körner (SPD) und Fred-Jürgen Stradinger (CDU), dass Privatschulen mit ihrem Sonderprofil eine Vorbildfunktion für öffentliche Schulen haben und Vielfalt ins Bildungsangebot bringen.

Dafür brauchen sie allerdings eine ausreichende Förderung durch die öffentliche Hand. Auch darüber waren sich die Teilnehmer an der Podiumsdiskussion einig. Ein Versprechen, wann die im Koalitionsvertrag von CDU und FDP angekündigte Förderung in Höhe von 80 Prozent in Kraft treten könne, wollte jedoch niemand geben – obwohl der Staat „im Grunde immer muss“, so die Schlussfolgerung von Dietmar Bachmann. Tatsächlich legten sich im voll besetzten Sitzungssaal alle Teilnehmer darauf fest, dass die Kosten für einen Privatschüler künftig zu 80 Prozent öffentlich finanziert werden. Ein beruhigendes Ergebnis der Diskussion, wie der Sprecher der freien Schulen in Stuttgart, der Leiter der Waldschule, Kai Buschmann, feststellte.

In der Landeshauptstadt besuchen heute 16,8 Prozent der Schüler eine Einrichtung in freier Trägerschaft. Das ist der höchste Anteil in Baden-Württemberg. Die Zuschüsse des Landes erhöhen sich auf 431 Millionen Euro für 2011 für das ganz Land. Da aber immer mehr Eltern ihre Kinder auf eine Privatschule schicken, ist die Pro-Kopf-Förderung der Schüler sogar geringfügig gesunken.

Die Stadt Stuttgart bezahle freiwillig rund zwei Millionen Euro zusätzlich an die 20 betreffenden Schulen, wie Fred-Jürgen Stradinger betonte. Gleichzeitig werden ihnen im Doppelhaushalt 2010/11 die städtischen Sachkostenzuschüsse um ein Viertel gekürzt. Der Waldschule beispielsweise fehlten dadurch sieben Prozent der Einnahmen, sagte Buschmann.

Muhterem Aras kritisierte die Kopplung der Bildungschancen an den Geldbeutel der Eltern. „Baden-Württemberg zahlt viel, selektiert aber auch viel.“ Dazu sagte Martin Körner: „Die Schulen müssen selbst darauf achten, dass sie niemanden vom Besuch ausschließen.“ Zur Sozialverträglichkeit des Schulgeldes hat der Verwaltungsgerichtshof Mannheim wegen der Finanzierung der freien Waldorfschulen im Juli ein Urteil gefällt: monatlich 70 Euro Schulgeld halten die Richter für vertretbar.